

10 Fragen zur Coronakrise



VORWORT

Die Coronapandemie hat unsere vermeintlich heile Welt ins Wanken gebracht.

Sie stellt Fragen über die Vergangenheit, über die Gegenwart und über die Zukunft. Wie war es möglich, dass so ein Unheil über die ganze Welt hereinbrechen konnte und unsere so moderne (1.Welt) so unvorbereitet treffen konnte?

Wie lange wird uns dieses Virus verfolgen? Schaffen wir es, die Ansteckungszahlen (Fallzahlen) niedrig zu halten und wie können wir gefährdete Personengruppen schützen? Oder werden Bilder, wie mit Lastwagen Tote aus der Stadt gebracht werden, und das Begraben der Toten in Särgen auf dem freien Feld, wie wir

dies zahlreich gesehen haben, auch bei uns Realität? Kann in dieser Zeit auch die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden? Und wie geht es denen, die ihren Job verloren haben, wie den Unternehmungen z.B. in der Gastronomie oder in der Hotellerie, wenn keine Gäste kommen? Österreich ist ein exportorientiertes Land. Was geschieht, wenn unsere Produkte nicht exportiert werden können? Und wenn diese Pandemie einmal vorbeigeht, wenn es doch einmal einen Impfstoff gibt: Werden wir dann zu einer Normalität, wie es Kanzler Kurz nennt, zurückkommen können?



Schneller, besser, höher wird es vielleicht (hoffentlich) nie mehr geben. Aber wird es überhaupt noch für alle Arbeit geben? Was, wenn uns Digitalisierung und Globalisierung die Arbeit wegfressen? Wird es dann auch bei uns langfristig mehr Armut, Mindestsicherungs und Notstandshilfe geben? Oder kommt das bedingungslose Grundeinkommen und wird man davon leben können?

Fragen über Fragen, die uns in diesem Sommer 2020 durch den Kopf gegangen sind. Fragen, die eine Generation nicht lösen kann und schon gar nicht die ältere. Fragen aber, die besonders die Jugend stellen muss. Diese sind sich dieser Sorgen auch bewusst. Grund genug, die Generationengespräche, die

wir mit Jugend und Seniorinnen und Senioren schon 2018 begonnen haben, fortzusetzen, ob physisch oder per Video. ∞

Kurt Kumhofer

Frage 1: Warum war die Welt, waren Staaten unvorbereitet, obwohl Expertinnen und Experten davor seit Jahren warnen und meinen, es war nur eine Frage der Zeit? Was läuft da falsch bzw. was ist in Zukunft zu tun, was lernen wir daraus?

Kurt KUMHOFER: Bisher ging man davon aus, dass es Epidemien und ähnliche Seuchen (wie z.B. Ebola) nur in der „Dritten Welt“ und nur bei äußerst unhygienischen Umständen geben kann, nicht jedoch in der westlichen „zivilisierten“ Welt. Und wenn, dann konnte man mit den vorhandenen technischen Mitteln und Medikamenten und den wissenschaftlichen Erkenntnissen rasch Abhilfe schaffen. Geld für eine entsprechende Vorsorge wäre also gebundenes Geld, das man lieber in die Wirtschaft steckt. In der Wirtschaft war Wachstum der Schlüssel zum Erfolg. Was lernen wir daraus, was war falsch? Wenn man das Virus nicht kennt, kann man auch kein Medikament vorrätig halten, aber man kann entsprechende Vorbereitungen treffen: Einsatzpläne, Krankbetten, medizinisches Personal, Schutzausrüstung (MNS), Koordination der Gesundheitsdienststellen, Schulungen und mehr. Die wegen der Billigherstellung in

Drittstaaten ausgelagerte Pharmaindustrie wieder nach Österreich zurückholen.

Hermann LEUSTIK: Es ist wie immer: Solange nichts passiert, ist vieles nicht so wichtig. Frei nach dem Motto: Es wird schon nichts sein und wenn, dann wird es unsicher nicht treffen. Bisher waren Gesundheitsbedrohungen dieser Art immer weit weg – in Entwicklungsländern in Afrika und Asien, wo es völlig andere Hygienevoraussetzungen gibt. Darüber hinaus ist diese gesamte Thematik von Haus aus sehr negativ besetzt und wird daher gerne beiseite geschoben. Die Politik will sich lieber mit positiven Themen befassen.

Gerhard FRCENA: Die Welt, soweit wir sie aus den Meldungen von Rundfunk, Fernsehen und Presse kennen, war unvorbereitet, weil in diesem Spektrum seit langem nur mehr das kurzfristig ausgerichtete Einzelinteresse, sei

es Individuum, Staat oder Betrieb, zählt. Es wird alles ausgelagert, was Unbequemlichkeiten mit sich bringen könnte oder irgendwie oder irgendwo billigst zugekauft werden kann: die Verantwortung für die Gesundheit, die Versorgung der Kinder und der hilfsbedürftigen Alten, die Buchhaltung, das Erzeugen von Gütern des täglichen Bedarfs...

Na, und kommt da eine Krise daher, so werden wir das Erforderliche zukaufen, schließlich sind wir einer der reichsten Staaten der Welt und können uns alles leisten. Das ist doch wohl Vorbereitung genug. Aber wir sind nicht nur auf das Virus nicht vorbereitet. Auch nicht für den GAU in unseren Nachbarstaaten, nicht für ein großes Erdbeben, nicht für kriegerische Herausforderungen und, und, und. Das Fehlen entsprechender Reaktionspläne für solche Ereignisse hat doch letztlich zu dem so schmerzvoll lange dauernden General-Abschalten nach Auftreten des Virus geführt.

Rosa GOLOB-FICHTINGER: In der österreichischen Rechtsordnung wurde der Pandemiefall berücksichtigt. Organisatorische

Vorkehrungen hätte es entsprechend bis hin zu Schutzausrüstung bei praktischen Ärzten in den Gemeinden geben sollen.

Andererseits ist es leider so, dass Fakten und Warnungen der Wissenschaft nur dann wahrgenommen und umgesetzt werden, wenn dies in diverse Konzepte passt. Wenn wir uns z.B. die bereits jahrelangen Warnungen im Bezug zum Umgang mit unseren Umweltressourcen ansehen, ist dies nur ein Beispiel dafür.

Ich bin hier leider pessimistisch hinsichtlich der Vernunft der menschlichen Natur geworden. Die Instinkte im Menschen sind offensichtlich so stark, dass sich die Menschheit lieber aus Macht- und Geldgier den eigenen Ast abschneidet, als sich das langfristige Überleben zu retten.

Oder anders gesagt: Wir können zwar zum Mond fliegen, sind aber hinsichtlich Vernunft, Ethik und Moral noch immer in unseren Ursprüngen verhaftet, eben Raubaffen mit Weltraumerfahrung. Dieser Anachronismus der Evolution erscheint mir die größte Gefahr für unsere Spezies zu sein.∞

Frage 2: Wer sorgt bzw. ist zuständig für die Gesundheit der Menschen? Der Staat, der freie Markt, die Pharmakonzerne, der Einzelne? Was sagen die GesundheitsökonomInnen dazu? Müssen wir in Zukunft früher sterben, weil wir Medikamente und Schutzausrüstungen am Weltmarkt nicht erhalten oder gar Mitgliedsländer der EU Transporte verhindern?

Kurt KUMHOFER: Die Aufrechnung - Gesundheit gegen die Versorgung der Gesellschaft wird auch in Zukunft nicht eindeutig zu klären sein. Entscheidungen sind nach entsprechender wissenschaftlicher Beratung durch GesundheitsökonomInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen und bei Wahrung der Menschenrechte etc. von den PolitikerInnen und Politikern zu treffen.

Hermann LEUSTIK: Eine klare Antwort: Der Staat, der ja auch für die gebotenen Leistungen über die einzelnen Versicherungen seinen Obolus verlangt. Der Staat hat zu lenken, das Gesundheitsmanagement muss zentral aufgestellt sein. Er hat aber auch vorzusorgen (Schutzausrüstungen ...) und er hat die Aufgabe zu kontrollieren, dass entsprechende Medikamente und Impfstoffe in ausreichender Zahl vorhanden

sind. Er hat auch dafür zu sorgen, dass es bei Medikamenten zu keiner Abhängigkeit kommt, dass nicht alles im Ausland produziert wird.

Aber natürlich ist jede einzelne Person für sich verantwortlich, aber auch für seine Mitmenschen.

Gerhard FRCENA: Für seine Gesundheit ist in erster Linie jede und jeder von uns selbst verantwortlich. Aber selbstverständlich bedarf es dort, wo man nicht alleine zurechtkommen kann, der Hilfe der Mitmenschen. Wir bezahlen viel Geld für ein im Bedarfsfall hilfreich zur Seite stehendes Gesundheitswesen. Ausgerechnet in höchster Not hat uns dieses in seinem Spitzenbereich weithin von Hilfeleistungen fast völlig ausgeschlossen. Dies deshalb, weil es ebenso nicht

auf derartige Ereignisse, wie sie zuletzt aufgetreten sind, mit Vorbedacht ausgerichtet waren. Das, was wir als Gesundheitssystem ansehen, musste ja mit möglichst geringem Personal- und Bettenstand ausgerichtet sein, damit es sich betriebswirtschaftlich rechnet. Überdies wird alles, was außerhalb einer angeblichen Wissenschaftlichkeit an Hilfemöglichkeit angeboten wird, als Scharlatanerie verteufelt, selbst dann, wenn manche Erfahrungen in anderen Ländern Hilfe erwarten lassen.

Rosa GOLOB-FICHTINGER:

Als Mensch mit christlichem Hintergrund ist der Wert des Lebens ein Teil der göttlichen Schöpfung und daher heilig und unantastbar.

Ich bin daher der Meinung, dass die Verantwortung für unsere eigene Gesundheit mit dem Wohlergehen unserer Mitmenschen verbunden sein muss. D.h. es gilt für mich auf meine Gesundheit und auf mein Leben so gut zu achten wie es mir möglich ist und als Teil der Gemeinschaft solidarisch dafür einzustehen, dass ein möglichst hoher Standard der Gesundheitsversorgung für alle meine Mitmenschen gewährleistet werden kann.

Gesundheit darf kein Spielball eines unregulierten freien Marktes sein!

Staatengemeinschaften sind gefordert, die Gesundheitsversorgung für die Menschheit solidarisch zu gewährleisten.∞

Frage 3: Welche Kollateralschäden sind entstanden, welche Auswirkungen haben sie? Vollständige Evaluierung der psychischen, physischen, gesundheitlichen (das Herunterfahren aller Spitäler und Gesundheitseinrichtungen), bildungspolitischen (das Schließen der Schulen), arbeitsmarktpolitischen (Kurzarbeit, Homeoffice, Kündigungen) und wirtschaftlichen (Insolvenzen) Auswirkungen.

Kurt KUMHOFER: Die Gesamtheit der Auswirkungen kann derzeit noch nicht im vollen Umfang festgestellt werden. Der erste Lockdown hat dramatische Folgen gezeigt und für viele Unternehmungen wird in Zukunft kein entsprechender Markt mehr sein.

Hermann LEUSTIK: Die Kollateralschäden sind bereits enorm, aber derzeit für westliche Staaten noch zu stemmen. Wie es in weniger entwickelten Ländern und vor allem in armen Entwicklungsländern aussieht, darüber wage ich gar nicht nachzudenken. Auswirkungen hat die Krise in allen oben aufgelisteten Bereichen, vor allem in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt.

Das Herunterfahren der Spitäler und Gesundheitseinrichtungen muss unbedingt überdacht werden, da dies nach Auskunft von Ärztinnen und Ärzten zu massiven Auswirkungen in Bezug auf Gesundheit bzw. Gesundheitsvorsorge geführt hat.

Die Einschränkungen im Bildungsbereich werden bei

verschiedenen Geburtsjahrgängen ebenfalls negative Auswirkungen haben. Zusätzlich wird dadurch die Integration verschlechtert.

Wie die Pandemie die Wirtschaft beeinflusst und verändert, wird sich erst in einigen Monaten zeigen.

Gerhard FRCENA: Selbstverständlich ziehen so einschneidende Maßnahmen, wie sie im Falle des Virus zur Gegenwehr ergriffen worden sind, einschneidende Veränderungen nach sich. Deren Nachwirkungen werden je nach Betroffenheit mehr oder weniger zu spüren sein. Es ist eben so wie nach einem individuell erlittenen Unfall auch. Man wird aus seinem gewohnten Alltag herausgerissen und kämpft sich allmählich wieder in das normale Leben zurück. Dabei ist man für Hilfe aus dem persönlichen Umfeld sicherlich sehr dankbar. Dies sollte sich analog auch im großen Gesamtgesellschaftlichen so abspielen. Das Geld der öffentlichen Hand wird dafür nicht reichen, es bedarf auch der mitmenschlichen

Anteilnahme, um beispielsweise eventuell aufgetretene seelische Wunden verkraften zu helfen. Keinesfalls dürfte irgendjemand auf Grund der Ereignisse unter die Räder kommen. Das, was dazu derzeit geschieht, lässt Gutes erwarten.

Rosa GOLOB-FICHTINGER:

Seriöserweise lässt sich diese Frage vermutlich noch nicht einmal von Expertinnen und Experten beantworten, da wir uns weltweit noch mitten in der unmittelbaren Krise befinden, d.h. erst im nächsten Jahr mit einem Impfstoff zu rechnen ist und z.B. die weltweite Infrastruktur wie etwa der Personenverkehr noch immer stark reduziert ist.

Wenn wir uns als Laien aber vor Augen halten, dass die Europäische Union als ersten Schritt Hilfspakete von hundert Milliarden Euro alleine für die Auffangnetze ganzer Volkswirtschaften bereitstellen muss, können wir die Dimension dieser Krise erahnen.

Die Folgen und Kollateralschäden, die sich in allen gesellschaftlichen Sektoren bis

hin zu unseren demokratischen Wertesystemen (siehe Präsidentschaftswahlen USA) ergeben, sind also derzeit überhaupt noch nicht absehbar. Die Frage lässt sich daher meiner Meinung nach erst ex post beantworten.

Rupert SCHÖBER: Hervorzuheben wären die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen. ∞

Frage 4: Keine gute Gesundheit ohne eine gesunde Wirtschaft? Warum ist unsere Wirtschaft so fragil, so zerbrechlich? Haben wir eine Zombiewirtschaft? Ist sie nur auf schnellen Konsum ausgerichtet und daher nicht nachhaltig? Haben Unternehmerinnen und Unternehmer eine zu geringe Eigenkapitaldecke? Wird verantwortungsvolles Unternehmertum nicht mehr vermittelt? Wurde die Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft abgelöst? Sind Kapitalismus und Globalisierung daran schuld?

Kurt KUMHOFER: Die Antworten liegen bereits in den Fragen. Gesundheit kostet Geld. Die Wirtschaft (Unternehmungen, Betriebe, auch die Industrie) ist in Österreich vielfach unterkapitalisiert. Zombi-Unternehmungen werden mit der Begründung des Erhalts der Arbeitsplätze aufrechterhalten und zum Teil vom Staat gestützt. Viele "Gründer"-Betriebe, KMUs (oft ohne Eigenkapital) wollen das schnelle Geld machen und gehen nach spätestens zwei Jahren, wenn die Abgaben (Krankenversicherung, Steuern etc.) voll durchschlagen, in Konkurs. Durch die Liberalisierung wurden Wirtschaftsgründungen zu leicht gemacht (kein Befähigungsnachweis erforderlich).

Hermann LEUSTIK: Gesundheit und Wirtschaft sind natürlich stark verschränkt. Schlechte Wirtschaftslage bedeutet geringere Einkommen, schlechtere Arbeitsbedingungen, z.T. Kurzarbeit und Freisetzungen. Homeoffice ohne entsprechende soziale Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen ist auch nicht gesundheitsfördernd.

Gerhard FRCENA: Die Frage, ob eine Wirtschaft gesund ist oder nicht, lässt sich nicht in einem Satz beantworten. Richtet man das Augenmerk dabei auf die Volkswirtschaft, kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, dass sie in Österreich doch sehr robust ist und das Land daher die Belastungen aushalten

können wird. Sieht man sich auf betriebswirtschaftlicher Ebene um, wird es hoffentlich nicht allzu viele Betriebe endgültig aus der Bahn werfen. Wenn die Unterstützungen der öffentlichen Hand so kommen wie angekündigt, wird es wohl kaum zu katastrophalen Einschnitten kommen. Die Einzelschicksale vieler Lohnabhängiger geben da schon zu mehr Sorge Anlass. Wir dürfen diese Menschen beim

Wiederaufbau des wirtschaftlichen Ganzen keinesfalls im Stich lassen; andernfalls gibt es keine Gesundung sowohl im betriebswirtschaftlichen als auch im volkswirtschaftlichen Bereich.

Rosa GOLOB-FICHTINGER:

Zu dieser Frage habe ich nichts hinzuzufügen, außer dass man die Fragezeichen mit Rufzeichen austauschen sollte! ∞

Frage 5: Die Jungen zahlen die Rechnung, darüber sind sich alle Expertinnen und Experten einig. Was ist daher zu tun? Die Fakten: Die Jungen erreichen das Wohlstandsniveau der Eltern nicht mehr, das war schon vor Corona so, die Krise hat alles verschärft. Jobs und Ausbildungsplätze brechen weg, die Perspektivenlosigkeit mündet in Frust, die Staaten häufen ihre Schuldenberge noch mehr an. Das werden die Jungen zu schultern haben, der Konflikt wird fundamentaler, die Debatte um Gerechtigkeit wird heftiger.

Kurt KUMHOFER: Diese Aussage möchte ich so nicht stehen lassen. Es können die kommenden Zeiten auch für die Alten noch schwierig werden (besonders für Mindestpensionen). Auch für die „Eltern“ ist nicht sicher, dass sie auf dem bisherigen

Niveau weiterhin leben können. „Die Jungen zahlen die Zeche“ ist ein Killerargument und fördert nur den Generationenkonflikt. Die Wirtschaft hat ein ständiges Auf und Ab (Schweinezyklus). Wenn zum Tief dann noch eine Wirtschaftskatastrophe eintritt

(derzeit Pandemie) verschärft sich die Situation. Es kommt teilweise zu einem Neubeginn, der mit vielfach geänderten Voraussetzungen, mit viel Geld und Kapital vom Staat (Politik) eingeleitet werden muss. Österreich kann durch die relative (günstige) Staatsverschuldung Geld aufnehmen. Damit werden die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wiederaufbau geschaffen, aber es wird auch wieder in Bildung und Ausbildung investiert. Davon werden wieder die nächsten Generationen profitieren. Bildung ist der Schlüssel für den Erfolg für den Einzelnen und die gesamte Volkswirtschaft!

Hermann LEUSTIK: Das zieht sich schon die letzten Jahre. Die Voraussetzungen für die Jugend werden immer schlechter – Leistungsdruck, geringe Wertschätzung für Lehrberufe, sehr niedrige Einstiegsgehälter gegenüber enorm gestiegenen Mieten. Gesellschaftlicher Druck bei Anschaffungen (Auto, Elektronik, Mode, Einrichtung, Urlaub) bringt bereits in jungen Jahren Schuldenberge. Am gravierendsten für die Jugend ist aber deren hohe Arbeitslosigkeit, die in

Frust, Aussichts- und Perspektivlosigkeit, Alkoholismus und Kriminalität führt. Ein Leben in die Sackgasse.

Aber auch die Politik mit den übermäßigen Staatsschulden schon vor der Krise ist ein Klotz am Bein der Jugend. Irgendjemand muss das am Ende zurückzahlen.

Gerhard FRCENA: Die Meinung, das derzeitige Wohlstandsniveau werde sich zum Schaden der Jungen über die kommenden Jahrzehnte nicht halten lassen, ist für sich alleine gesehen nicht a priori zutreffend. Es war schon immer so, dass nachwachsende Generationen das Vorgefundene nicht unkritisch übernehmen wollten. Die Heranwachsenden werden das, was für sie Wohlstand ausmacht, selbst zu definieren haben. Sie werden sich das für sie Erstrebenswerte aufbauend auf dem Vorgefundenen selbst zu erarbeiten trachten. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dass unter den derzeitigen Gegebenheiten eine ganze Generation zwangsläufig als Verlierer in die Geschichte eingehen wird.

Rosa GOLOB-FICHTINGER:

Wie zuvor bereits erwähnt wurden die Volkswirtschaften durch die politisch veranlassten Deregulierungen in die Abhängigkeit einer durch Spekulation gekennzeichneten Finanzwirtschaft getrieben.

Ein Spielkasino, das mit Realwirtschaft nichts mehr zu tun hat. Das z.B. auf Emotionen- auf sekundenschnellen Spekulationsentscheidungen der Börsen- auf tagespolitischen Entscheidungen und Aussagen von Politikern und Notenbankpräsidenten usw. aufgebaut ist.

Hier wird z.B. auf den Niedergang von Volkswirtschaften spekuliert und damit Gewinn in Milliardenhöhe erzielt. Hunderttausende Menschen, ja Millionen, verlieren dabei ihr Vermögen, ihre Pensionen und ihre Zukunft.

Wenn wir uns das, liebe Freunde, vor Augen führen, hat das mit unseren christlich-sozialen Werten einer ökosozialen Marktwirtschaft überhaupt nichts mehr zu tun.

Der Mensch ist in diesem fehlgeleiteten System nur mehr

als Produktionsmittel und nicht mehr in einem ethischen Sinne relevant.

Nicht nur die Jungen, sondern wir alle zahlen die Zeche. Es wird immer stärker zu sozialen Konflikten kommen, die sich unterschiedlich äußern.

Und zwar oftmals in eine radikale und falsche Richtung, wo die Menschen nicht mehr aufeinander hören, nicht mehr lösungsorientiert sind und durch falsche Propheten instrumentalisiert aufeinandergehetzt werden.

Wenn wir darüber diskutieren ist bereits sehr viel in unserer Familie passiert. Es ist der Beginn andere Menschen davon zu überzeugen und mögliche veraltete und nicht mehr richtige Positionen in unserer Interessensgemeinschaft zu überdenken.

Rupert SCHOBER: Detto, die Perspektivenlosigkeit was Jobs und Ausbildungsplätze betrifft.∞

Frage 6: Die systemrelevanten Berufe wurden am Balkon beklatscht, was geschieht nun aber wirklich? Die Betreuung und Pflege der alten Menschen ist durch inländische Pflegekräfte nicht gesichert, wir sind abhängig von den Oststaaten, Stichwort Korridorzug, das ist unhaltbar? Das Gleiche bei der Ernte, die Versorgung mit frischen Lebensmittel ist in Gefahr, unhaltbar!

Kurt KUMHOFER: Die Letzten beißen die Hunde. In Österreich wird Dienstleistung (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Lebensmittelgeschäften, in der Landwirtschaft, im Gastgewerbe, in der Pflege, Kinderbetreuung etc.) nicht entsprechend anerkannt und wertgeschätzt und schlecht bezahl. Hier ist großer Veränderungsbedarf dringend notwendig. Neue Leitbilder für diese Tätigkeiten sind dringend notwendig.

Hermann LEUSTIK: Eigentlich ein Skandal, dass es nicht gelingt, trotz hoher Arbeitslosigkeit keine Fachkräfte für die Sozialberufe auszubilden. Einerseits ist es die schlechte Bezahlung, andererseits ist es ein knochenharter Job. Aber der Sozialstaat lässt gewähren. Man braucht keinen zugewiesenen Job anzunehmen. Bestes

Beispiel der heurige Sommer. Unzählige Arbeitskräfte im Tourismus werden gebraucht, aber trotz horrender Arbeitslosenzahlen holt man sich beim zugewiesenen Betrieb lieber den Stempel, als arbeiten zu gehen. Vor allem wird die Aus- und Weiterbildung im Sozialbereich vernachlässigt und man überlässt sie sozialen Organisationen.

Gerhard FRCENA: Derzeit bietet sich die Chance, Betreuung und Pflege bedürftiger Menschen auf eine tragfähige Basis zu stellen. Dazu müssen aber die Bedingungen für jene Menschen, die zur Pflege und Betreuung bereit sind, radikal verbessert werden. Sklavenähnliche Scheinselbständigkeit ist eine Fehlentwicklung. Sie muss durch arbeitsrechtlich und fachlich einwandfreie Regelungen ersetzt werden. Die Finanzierung

dieses Bedürfnisses muss durch die öffentliche Hand künftig in einwandfrei geregelter Form gewährleistet werden.

Rosa GOLOB-FICHTINGER:

Ja, es ist unhaltbar, dass bis jetzt keine einigermaßen menschenwürdigen einheitlichen sozialen Standards in der Europäischen Union geschaffen wurden. Dadurch sind wir von Billigarbeitskräften aus dem Osten abhängig. Darüber hinaus hat uns Corona gezeigt, wie wichtig jede einzelne

Berufssparte ist, und dass es keine „mindere Arbeit“ gibt, sondern nur die Bezahlung zB. für die harte Arbeit einer Erntehelferin und eines Erntehelfers mit ca. 4 Euro/ Stunde reine Ausbeutung ist. Wer lässt das zu? Wie war das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen im EU-Parlament in den letzten Jahren dazu?

Rupert SCHOBER: Detto, die nicht gesicherte Betreuung und Pflege durch inländische Pflegekräfte. ∞

Frage 7: Der Staat rettet alles, Banken in der Bankenkrise, die Wirtschaft bei allen erdenklichen Krisen und Konjunkturerinbrüchen, Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Wollen wir das so? Ist das so richtig? Gibt es Alternativen? Die Jungen haben den Eindruck, die Großen werden gerettet und die Kleinen „schauen durch die Finger“?

Kurt KUMHOFER: Auch hier wird das Argument der Arbeitskräfte vorgeschoben. Ohne Staat geht es nicht. Er ist das effektivste Regulativ. Aber: Nicht viel (zu viel) Staat mit wenig Geld, sondern notwendiger Staat mit ausreichend Geld. Nicht konkurrieren, sondern kooperieren.

Hermann LEUSTIK: Dieser Eindruck bestätigt sich zu allen Zeiten. Während man die Großen unterstützt und deren Management noch Prämien und „Gewinnausschüttungen“ zugesteht, gehen die Kleinen leer aus. Geht ein großes Unternehmen in Konkurs, ist sofort eine Arbeitsstiftung

(meist ohne den insolventen Konzern) geschaffen. Bei Klein- und Mittelbetrieben interessiert sich niemand um die arbeitslos gewordenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gerhard FRCENA: Der Staat kann nicht alles und jedes retten. Wirtschaft lebt von Wechselwirkung von Input und Output. Damit es weiterhin genügend Output geben kann, gibt es sogenannte Rettungspakete, also Input. Es ist Aufgabe der Interessenvertretungen, sich konsensual um eine gerechte Verteilung dieser Pakete zu sorgen. Wenn jüngere Menschen oftmals nicht bereit sind, an den bestehenden Interessenvertretungen teilzuhaben, aber auch selbst keine wirkmächtigen Vertretungen vorzuhalten, droht ihnen, unter die Räder zu kommen.

Rosa GOLOB-FICHTINGER: Eine Erkenntnis der Krise ist, wie wichtig der Staat, das heißt der Staatsinterventionismus sowohl in Krisensituation wie auch im kapitalistischen Zyklus ist.

Maynard Keynes, Ökonom, erkannte die wichtige Rolle des Staates als Regulativ.

Als ÖVP waren wir meiner Meinung nach mit dem Bekenntnis zu einer ökosozialen Marktwirtschaft bereits in den 70er Jahren des vorigen Jahrtausends ideologisch auf einem guten Weg. Der Staat mit einer solidarischen Gesellschaft mit den wichtigen freien marktwirtschaftlichen Aspekten, sollte von innen nach außen in der Sprache unserer Zeit neu formuliert werden.

Das Ziel muss die Gemeinwohl-ökonomie und nicht die Wachstumsspirale des Wahnsinns sein. Die Umwelt und Sozialenzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus geht genau in diese Richtung. Er ruft darin zum Engagement auf, weil wir als ein Teil der Schöpfung dazu die Pflicht haben! ∞

Frage 8: Die Ungleichheit wächst, die Schere zwischen arm und reich geht auseinander, es gibt obszönen Reichtum. Wo bleibt die soziale Marktwirtschaft? Was ist in Zukunft zu tun? Gerechte Besteuerung der Konzerne, Auflösung der Steueroasen, Steuer auf sehr große Vermögen?

Kurt KUMHOFER: Den großen Wirtschafts- und Finanzkern ist die Moral abhandengekommen. Wir brauen eine neue Ethik. Solidarität sollte auch auf diesen Ebenen gelten. Es gibt viele neue Ideen, nur wer setzt sie um? Die Globalisierung bevorzugt größere Volkswirtschaften.

Hermann LEUSTIK: Da wird man etwas tun müssen, da die Schere immer weiter auseinandergeht. Wie schon bei Frage fünf erwähnt sinken die realen Gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Pensionistinnen und Pensionisten (die Großteils nicht einmal die Inflationsabgeltung bekommen). Die Einstiegsgehälter decken kaum die erforderlichen Ausgaben. Und all diese Arbeiterinnen und Arbeiter bescheren den Unternehmen und vor allem den Konzernen und Heuschreckenfonds unheimliche Gewinne. Damit es nicht

zu unkontrollierbaren Protesten und Aufständen kommt, wird die Politik sich etwas einfallen lassen müssen. So kann es auf Dauer nicht weitergehen.

Gerhard FRCENA: Wenn die von der FCG seit langem favorisierte ökosoziale Marktwirtschaft weiterhin nicht umgesetzt werden wird, lassen sich die beklagten krassen Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten im gesellschaftlichen Bereich nicht nachhaltig beheben.

Rosa GOLOB-FICHTINGER: Hier implizieren die Fragen offensichtlich gleichzeitig die Antworten.

Ja! Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass im Jahr 2019 gerade einmal 0,9 Prozent der Weltbevölkerung 43,9 Prozent des weltweiten Vermögens besaßen. 56,6 Prozent der Weltbevölkerung

besaßen hingegen lediglich 1,8 Prozent des weltweiten Vermögens!

In Österreich haben die obersten 10% mehr als die restlichen 90% der Bevölkerung gemeinsam.

Die Vermögensungleichheit bleibt damit in Österreich seit Jahren auf konstant hohem Niveau und zählt zu den höchsten in Europa (Quelle A&W blog Sozial und Wirtschaftsstatistik).

Gerade in der Coronazeit spricht man in diesem Zusammenhang von einer Hierarchie der Not, da unterschiedliche soziale Schichten ungleich stark von der Krise betroffen sind.

Die Notlage der Oberschicht äußert sich in der mangelnden Internetgeschwindigkeit, wenn sie zu Hause bleiben müssen, oder über Proteste gegen Bonuszahlungen von Führungskräften. Am unteren Ende der Verteilung herrschen hingegen bei vielen privaten Unternehmerinnen und Unternehmern bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Existenzängste.

Dazu kommt, dass eben auch keine Steuergerechtigkeit herrscht. Internationale Konzerne müssen dazu gesetzlich verpflichtet werden, Steueroasen geschlossen und große Vermögen ebenfalls höher besteuert werden.

Die Menschen müssen von ihrem Gehalt und Pensionen adäquat leben können. Für uns und unsere Kinder brauchen wir weiterhin ein ordentliches Gesundheits-, Bildungs- und Sicherheitssystem. Wer das nicht begreift fördert soziale Konflikte bis hin zu einer Wiederholung der Geschichte in Richtung Klassenkampf!

Rupert SCHOBER: Detto, eine zukünftig gerechtere Besteuerung der Konzerne und großer Vermögen. ∞

Frage 9: Welche Rolle nimmt die Europäische Union ein? Steht sie an einem Scheideweg? Braucht es einen neuen Vertrag? Liegt es an der Konstruktion, an Personen oder an der unterschiedlichen Kultur der Nationalstaaten, dass sie nahezu keine oder nur mäßig erfolgreich Krisen bewältigt? Finanzkrise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, Coronakrise? Brauchen wir mehr oder weniger EU?

Kurt KUMHOFER: Die EU hat wunderbare Werte und ist ein großartiges Regelwerk – die Regeln zur Umsetzung müssen neu überdacht werden.

Hermann LEUSTIK: Die EU ist leider eine Missgeburt. Da sie ursprünglich unter ganz anderen Bedingungen und unter anderen Zielen gegründet wurde, ist sie für die heutige europäische Gesellschaft nicht funktionsfähig. Das Prinzip der Einstimmigkeit ist der größte Hemmschuh für ein Funktionieren der EU. Demokratie lebt von Mehrheiten. So ist die Politik der EU immer erpressbar (siehe Zypern-Boycott bei Weissrussland-Sanktionen).

Gerhard FRCENA: Die EU böte in der Umsetzung ihrer ursprünglichen Idee alle Möglichkeiten, Großartiges zum Wohle ihrer

Bürgerinnen und Bürger, ja sogar der ganzen Menschheit, zu leisten. Das ließe sich auch unter den derzeitigen Satzungen durchaus bewältigen. Es bedarf daher nicht unbedingt neuer Satzungen, sondern vielmehr eines erhöhten Verantwortungsbewusstseins für das Ganze im Wirken der Regionen und Staaten sowie deren politischer Akteurinnen und Akteure.

Golob Fichtinger: Unsere Welt ist ökonomisch, sozial, sicherheitspolitisch und kulturell vernetzt wie nie zuvor. Und das durch die Digitalisierung ohne jegliche Zeitverzögerung, also in „Echtzeit“.

Die daraus resultierenden Chancen und Herausforderungen lassen sich nicht mehr national, sondern nur gemeinsam bewältigen, daher braucht es mehr EU.

Ohne dies weiter auszuführen ist ein Beispiel dafür die Finanzkrise 2008. Das heißt aber, dass die Regierungschefinnen und Regierungschefs im Europarat nationale Interessen und nationalen Populismus hintanstellen müssten.

Es erscheint mir aber eher das Gegenteil vorherrschend zu sein, indem auf Kosten der EU nationale Politik veranstaltet wird. Zum Beispiel wird in der Flüchtlingskrise von einzelnen Staaten eine gemeinsame Lösung sabotiert und anschließend der EU mangelnde Krisenbewältigung vorgeworfen.

Das Konstrukt der Einstimmigkeit kommt dabei oftmals einigen Wenigen und nicht der konstruktiven Mehrheit, jedenfalls aber nicht problemorientierter Politik zugute.

In wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Steuerpolitik, in Bereichen der Umwelt- und Sozialpolitik sowie bei Fragen des Europäischen Wertesystems (Menschenrechte) soll daher die demokratische Mehrheit entscheiden.

Dieses Manko könnte meiner Meinung nach sogar zur Überlebensfrage dieses großartigen Friedensprojektes werden. ∞

Frage 10: Braucht es ein bedingungsloses Grundeinkommen? Begrenztes Wirtschaftswachstum, keine oder mäßige Investition in Arbeitsplätze, Technik und Robotik ersetzen die menschliche Arbeitskraft, Forschung, Bildung und Innovation sind die Opfer der Schuldenanhäufung. Welche wirtschaftlichen Aussichten haben die Menschen?

Kurt KUMHOFER: Alle bisherigen Vorschläge waren nicht ausreichend überzeugend. Vielleicht zeigt die Post-Corona-Zeit in fünf

bis zehn Jahren neue und bessere Argumente. Es sollte weiter darüber nachgedacht werden. Es darf keine Denkverbote geben.

Hermann LEUSTIK: In der derzeitigen Situation sehe ich ein bedingungsloses Grundeinkommen als den falschen Weg. Dies ist keine Motivation für bestimmte Menschentypen. Warum soll ich in der Früh aufstehen und arbeiten gehen, wenn ich die Kohle am Vormittag aus dem Automaten holen kann. Ein Grundeinkommen wird sich nicht allzu weit von Löhnen einfacher Berufe, aber auch insbesondere von den Pflege- und Sozialberufen, befinden.

Gerhard FRCENA: Bedingungsloses Grundeinkommen könnte einiges zur Armutsvermeidung beitragen. Allerdings erhebt sich hier die Frage, inwieweit es die individuellen Konsumwünsche befriedigen sollte. Wie müssten jedoch solche Geldleistungen bemessen werden, damit nicht der Anreiz verloren geht, sich im Wirtschaftsleben letztlich auch zum Wohle des Ganzen einzubringen?

Rosa GOLOB-FICHTINGER: Meiner Meinung nach brauchen wir ein Grundeinkommen, von dem die Menschen gut leben können und das die Zufriedenheit

und das Selbstwertgefühl fördert. Der Mensch sollte daher meiner Meinung nach die Möglichkeit haben, produktiv zu sein, das heißt die gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten.

Die Frage nach dem bedingungslosen Grundeinkommens lässt sich daher nicht nur im materiellen Sinne beantworten, sondern nur unter Einbeziehung der gesamten menschlichen Natur, das heißt auch unter Einbeziehung sozialpsychologischer Aspekte der Bedürfnishierarchie.

Ohne entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen ist nämlich ein bedingungsloses Grundeinkommen nur ein Ausdruck dafür, dass ein mehr oder weniger großer Teil der Gesellschaft, der als Produktionsmittel sowieso überflüssig geworden ist, ruhig gehalten werden soll, und wie wir täglich sehen, dann bestenfalls als Hartz IV Rolemodels im RealityTV Verwendung findet.

Die Gruppe der Bezieherinnen und Bezieher eines bedingungslosen Grundeinkommens würde in der Geisteshaltung unserer

gegenwärtigen turbokapitalistischen Leistungsgesellschaft eine neue Klasse der Paria bilden.

Was sich neoliberalistische Köpfe damit erdacht haben, würde natürlich nur für Industrieländer gelten, während in Asien und den Entwicklungsländern der 2. und 3. Welt weiter Ausbeutung, Lohndumping, Unfreiheit und asoziale Arbeitsbedingungen weiterhin den Profit garantieren. Bei uns sollen durch diese Maßnahme breite Teile der Gesellschaft ruhig gestellt werden, die sowieso arbeitslos geworden wären.

Auf Lösungsansätze wie Verteilungs- und Steuergerechtigkeit, die Löhne anzuheben und die Arbeitszeit auf Grund der Technisierung zu verkürzen und auf die Menschen aufzuteilen, neue Arbeitswelten im Non-Profit-Bereich zu schaffen und die Billionen der Rüstungsindustrie etc. in Wissenschaft- und Bildung zu investieren, ja auf das kommt man freilich nicht!

Der Profit ist oberste Maxime und nicht der Mensch!

Liebe Freunde, gehen wir

gemeinsam den Weg! Bekennen wir uns zu einer ökosozialen Marktwirtschaft und fordern wir dies in unserem politischen Handeln, bei den Diskussionen am Stammtisch, in unseren politischen Gremien bis hin die die nationale und internationale Gesetzgebung im EU Parlament ein.

Rupert SCHOBER: Detto, viel mehr Mittel für die Forschung, Bildung und Innovationen.

Die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen umgehend essenziell verbessert werden.

Es wird ganz wichtig werden, dass wir bei der geplanten „Zielsteuerungskommission Pflege“ mitarbeiten! ∞



Christine BOLLER



Gerhard FRCENA



Rupert SCHOBER



Kurt KUMHOFER



Rosa GOLOB-FICHTINGER



Mag. Ing. Hermann LEUSTIK

Impressum

Autor/innen: Christine BOLLER, Kurt KUMHOFER,
Mag. Ing. Hermann LEUSTIK, Gerhard FRCENA,
Rosa GOLOB-FICHTINGER, Rupert SCHOBER

Redaktion: Mag. Denis STRIEDER

Layout: Markus A. GJECAJ

Lektorat: Mag. Eva SCHLEGL

Für den Inhalt verantwortlich: Reg. Rat Kurt KUMHOFER,
Vorsitzender der FCG-Pensionist/innen

Herausgeber: FCG im ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Stockfotos: stock.adobe.com – © REDPIXEL, © christakramer,
© peterschreiber.media, © Julien Eichinger

Ein Projekt der Pensionist/innen der FCG-Österreich



www.fcg.at

